



Sondernewsletter Abstimmungen

SVP International, Mai 2021

Teilen:  



Abstimmen!

Inge Schütz,
Präsidentin der SVP International

Liebe SVP International Mitglieder

Erneut stimmen wir über wichtige eidgenössische Vorlagen ab. Es geht um die Freiheit und Demokratie und natürlich um den gesunden Menschenverstand.

Ich weiss, dass die einige von Ihnen immer wieder am Abstimmen gehindert werden, weil die Unterlagen nicht rechtzeitig eintreffen. Die FDP hat im Nationalrat eine Idee der SVP nun aufgegriffen und erneut einen Versuch gemacht für einen Versand der Unterlagen per Diplomatenpost, eine andere Idee, auf deren Weiterverfolgung wir drängen ist der elektronische Versand der Unterlagen, so dass nur ein Weg noch mit der Post zu bewältigen ist. Was auch immer am Schluss zum Ziel führt - wir möchten, dass alle Schweizerinnen und Schweizer, die das wollen, auch abstimmen können!

Herzlichst

Ihre Präsidentin SVP International
Inge Schütz



**Schweizer
Landwirtschaft
zerstören?**



Radikale Pflanzenschutz- &
Trinkwasser-Initiativen

2xNEIN

Eidg. Volksinitiative

«Für

sauberes **Trinkwasser** und
gesunde Nahrung – Keine
Subventionen für den Pestizid-
und den prophylaktischen
Antibiotika-Einsatz»

Eidg. Volksinitiative

«Für eine Schweiz ohne
synthetische **Pestizide**»

Die **Trinkwasserinitiative** fordert, dass Landwirtschaftsbetriebe keine Pflanzenschutzmittel mehr einsetzen, nur betriebseigenes Futter verfüttern (z.B. kein Zukauf von Heu für Rinder oder Kraftfutter für Hühner) und auch keine Antibiotika mehr prophylaktisch einsetzen. Was heisst das für die Schweizerischen Bauernbetriebe?

Eine Schweizerische Hühner- und Schweinemasthaltung wäre nicht mehr möglich, dafür müssten heute verwertete Abfälle aus der Lebensmittelindustrie künftig vernichtet werden. Der Ertrag von Obst und Gemüse würde massiv zurückgehen. Sogar Bio Suisse hat die Nein-Parole beschlossen! Die Händler würden auf Importe ausweichen, am Schluss hätte der Konsument nicht mehr Bio auf dem Teller, sondern einfach weniger Schweizer Produkte.

Und das alles, obwohl die Qualität des Schweizer Trinkwassers heute schon hervorragend ist!

Die **Pestizidinitiative** will eine Schweiz ohne synthetische Pestizide, was auch für alle Importe von Lebensmitteln gelten soll. Dies wäre weder im Ausland zu kontrollieren noch wegen geltenden Handelsverträgen durchsetzbar. Synthetisch hergestellte Pflanzenschutzmittel sind nicht gefährlicher und «giftiger» als natürliche Pestizide. Zudem kommen so genannte Pestizide auch in der Lebensmittelverarbeitung eingesetzt. Auch die Biolandwirtschaft braucht synthetische Mittel, denn auch die dort eingesetzten Kupfersalze und Schwefel werden synthetisch hergestellt. Zudem wäre die Initiative nicht

einmal WTO-konform!

SVP International empfiehlt daher ein klares doppeltes NEIN!



CO2-Gesetz trifft die **Auslandschweizer** direkt mit der **Flugticketabgabe!**

Das **Referendum der SVP** kam mit über 110'000 Unterschriften zusammen – mehr als doppelt so viele wie nötig – zeigt das grosse Unbehagen über dieses Gesetz!

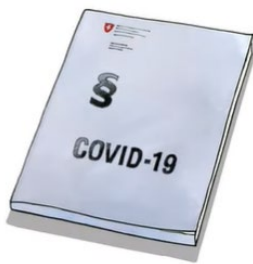
Es ist allgemein bekannt, dass sich das **Klima** verändert. Aufgrund der Endlichkeit der Erdölvorkommen ist es auch unbestritten nötig, die Mobilität und Wärmeerzeugung mittelfristig mit neuen Technologien zu sichern. Diese Ablösung wird kommen, nun will man aber unter dem Vorwand des Klimawandels in der Schweiz alles auf den Kopf stellen, als wäre die Schweiz eine Insel.

Wenn wir in der Schweiz die Energie mit höheren Abgaben, einem Verbot neuer Ölheizungen und enormem administrativen Aufwand **verteuern**, wird der CO2-Ausstoss bei uns zwar allenfalls sinken. Aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit wird aber mehr im Ausland produziert und dort wegen tieferer Standards der CO2-Ausstoss wieder erhöht. Schon heute übersteigt das weltweite Wachstum den gesamten jährlichen Schweizer CO2 -Ausstoss massiv. Mit einem Anteil von einem Promille am weltweiten CO2-Ausstoss kann die Schweiz das Klima selbst bei Erreichen des Netto-Null-Ziels nicht beeinflussen. Die Zeche müssen die Leute auf dem Land bezahlen. Für die Menschen in der Schweiz, namentlich für den Mittelstand und das Gewerbe, wird das CO2-Gesetz aber richtig teuer. Benzin würde um bis zu 12 Rappen pro Liter teurer. Für Heizöl und Gas würden die Abgaben an den Staat mehr als verdoppelt – von heute 96 Franken auf bis zu 210 Franken pro Tonne CO2, also pro Liter Heizöl fast 30 Rappen.

Hinzu kommt eine Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug. Das trifft insbesondere die Auslandschweizer! Für eine vierköpfige Familie bedeutet dies Mehrkosten von rund 1'500 Franken

pro Jahr. Die Befürworter des CO2-Gesetzes behaupten, dass dieses Geld zurückerstattet werde. Das ist falsch: Die Hälfte des Geldes fließt in einen Klimafonds, aus dem der Bundesrat Energie-Projekte nach seinem Gusto fördert.

SVP International empfiehlt daher unbedingt ein NEIN zu diesem Gesetz!



Bundesgesetz über die gesetzl. Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie

Covid-Gesetz

Das Covid-Gesetz wurde im Verlauf der letzten Monate bereits wieder mehrmals überarbeitet. Abgestimmt wird aber über die Version vom 25. September 2020. Das Referendum wurde ergriffen, um dem Bundesrat zu zeigen, dass er mit der Bevölkerung nicht machen kann, was er will.

Der Weg, den Bundesrat und Parlament eingeschlagen haben, bewirkt eine Machtverschiebung: Weg vom Volk hin zu nicht-gewählten Beamten. Dieser Weg birgt die Gefahr, dass alle Seiten sich an das Notrecht gewöhnen. Dies zeigt auch ein Blick in die Schweizer Geschichte: Nach dem zweiten Weltkrieg wollten Bundesrat und Parlament die Vollmachten kaum wieder abgeben. Sie mussten vom Volk dazu gezwungen werden.

In der aktuellen Corona-Diskussion geht alles sehr schnell: Bundesrat und Parlament haben Massnahmen beschlossen, welche uns alle in allen Lebensbereichen einschränken, und gewaltige Schulden für kommende Generationen zur Folge haben werden. Gut kann nun das Volk darüber befinden und ein NEIN ist ein wichtiges Zeichen, dass wir das nicht einfach so hinnehmen wollen.

Ein Nein stoppt zwar die eigenmächtig verordnete Lockdown-Politik des Bundesrates nicht. Diese Befugnis wird im Epidemienengesetz geregelt. Ein Nein zeigt aber, dass es uns ernst ist mit einer Anpassung eben dieser Gesetzesgrundlage. Zwar hat das Schweizer Volk schon einmal Ja zum Epidemienengesetz gesagt - gegen den Willen der SVP, nun ist es aber nach den Erfahrungen zu korrigieren. Vorstösse dazu sind bereits parat.

Mit einem Nein hätten per 25. September 2021 die Unterstützungsgelder keine rechtliche Grundlage mehr. Es könnte aber eine neue Grundlage beschlossen werden, damit die Betriebe, die Hilfe brauchen, diese trotzdem erhalten. Viele Gelder sind ja auch bereits geflossen, daran wird nicht gerüttelt. Ein NEIN ist und bleibt also ein gutes Zeichen gegen die bundesrätliche Corona-Politik.

SVP International empfiehlt Ihnen deshalb ein NEIN als klares Signal für die Demokratie, Freiheit und Eigenverantwortung.



Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von **Terrorismus**

Es geht bei diesem Gesetz um die Abwehr von Terror-Anschlägen, vor allem von Islamisten. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Terror-Anschläge in Europa stattgefunden. Man denke dabei nur an die Attentate von Paris, Nizza oder Wien. Die Schweiz ist dabei keine Ausnahme: Ende November letzten Jahres verübte eine 28-jährige Frau mit islamistischem Hintergrund in Lugano einen Messerangriff. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich bereits im September in Morges VD, auch hier mit einem Messer. Ein landesweit als «Hassprediger» bekannter Imam hetzte in einer Bieler Moschee gegen «Ungläubige». Der in Libyen angeblich verfolgte Mann lebt seit Jahren in der Schweiz, wo er Sozialhilfe bezieht.

Unsere westliche Gesellschaft wird durch solche Gefährder bedroht. Diese Extremisten nutzen die Lücken in unserem Strafrecht schamlos

aus. Das neue Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus will diese Lücken schliessen. Es ermöglicht der Polizei, künftig präventiv gegen solche Subjekte vorgehen zu können. So kann sie verdächtigen Personen ein Kontakt- und Rayonverbot auferlegen, ihnen die Ausreise aus der Schweiz (z.B. in den «Islamischen Staat») verbieten oder sie bei Bedarf unter Hausarrest stellen. Für die Kontrolle soll die Polizei künftig die Handys von Verdächtigen orten dürfen oder elektronische Fussfesseln einsetzen. Das Gesetz gilt nicht nur für erwachsene Terror-Verdächtige, sondern soll auch schon für radikalisierte Jugendliche ab 12 Jahre angewendet werden können.

Das alles geht einigen zu weit, das ist verständlich, aber gegen den islamistischen Terror müssen wir nun eingreifen können. Das neue Gesetz gibt unserer Polizei die notwendigen Instrumente, um gegen Gefährder vorgehen zu können.

SVP International empfiehlt daher ein JA trotz weitgehenden Befugnissen für die Polizei.

Mitgliederbeitrag

Haben Sie Ihren Mitgliederbeitrag schon überwiesen?

IBAN: CH 24 0900 0000 3002 8639 7

BIC: POFICHBEXXX

Paypal info@svp-international.ch

Der Mitgliederbeitrag beträgt:

Für Mitglieder im Ausland: CHF 30.00

Für Mitglieder in der Schweiz: CHF 50.00

Herzlichen Dank für Ihren Beitrag, der uns bei den politischen Aktivitäten hilft!

Termine 2021

Beachten Sie: der Auslandschweizer Kongress kann auch dieses Jahr nicht wie geplant stattfinden. Der Wechsel des Präsidenten der ASO wird daher still über die Bühne gehen. Nach SP-Mann Remo Gysin übernimmt neu der bisherige Vizepräsident Filippo Lombardi (CVP, TI).

Die nächste Delegiertenversammlung der SVP Schweiz findet am **Samstag, 21. August 2021** im Kanton Fribourg statt. An deren Rand werden wir auch die **GV von SVP International** organisieren, damit Sie an beiden Anlässen teilnehmen können, wenn Sie dies wünschen.

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Mitglied der SVP International sind.

Postadresse:

SVP International, c/o SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern
Tel. 031 336 16 26, E-Mail: info@svp-international.ch

[Komplett aus der Liste austragen](#)

